

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**[Nummer Erlassregister]****Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Abänderung verschiedener Bestimmungen betreffend das Personal des Ministeriums und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 87 §1, abgeändert durch die Sondergesetze vom 8. August 1988, 16. Juli 1993 und 6. Januar 2014;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 54 Absatz 1, abgeändert durch das Gesetz vom 16. Juni 1993;

Aufgrund des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 102 §1 Absatz 1;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Januar 1993 zur Festlegung der Schwellenbeträge für die Gewährung einer Wohnungs- und Ortszulage an das Personal des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der paragemeinschaftlichen Einrichtungen;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 30. November 2000 über den Beitrag der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses zu den Beförderungskosten der Personalmitglieder;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Dezember 2000 über die Kilometerentschädigung für das Benutzen des Fahrrades auf dem Arbeitsweg zu Gunsten der Personalmitglieder des Ministeriums und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Organisation der Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 28. September 2001 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Ministerium und in den paragemeinschaftlichen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 5. Juni 2003 über das Urlaubsgeld für die Personalmitglieder des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der paragemeinschaftlichen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der

Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Dezember 2005 zur Schaffung eines Sozialdienstes für das Personal der Regierung, des Ministeriums und bestimmter paragemeinschaftlicher Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 23. Mai 2019 zur Organisation des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 23. Mai 2019 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 28. Oktober 2021 über eine Entschädigung für Heimarbeit im Rahmen der Corona-Krise;

Aufgrund der begründeten Stellungnahme des Direktionsrates des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 15. Juni 2023;

Aufgrund des Protokolls Nr. S8/2023 des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 28. Juni 2023;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 7. Juli 2023;

Aufgrund des Gutachtens Nr. des Staatsrates, das am in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für das Personal;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 – Der vorliegende Erlass der Regierung dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1158 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates.

Art. 2 - In Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 20. Januar 1993 zur Festlegung der Schwellenbeträge für die Gewährung einer Wohnungs- und Ortszulage an das Personal des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der paragemeinschaftlichen Einrichtungen, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 20. Februar 2003 und vom 15. September 2022, wird folgende Nummer 6 eingefügt:

„6. das Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung“

Art. 3 - In Artikel 11 §1 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der

Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird die Wortfolge „und den Verwaltungsdirektoren“ durch die Wortfolge „ , den Verwaltungsdirektoren und den Direktoren“ ersetzt.

Art. 4 - Artikel 11.3 Absatz 1 Satz 1 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2021 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt ersetzt:

„Zur Besetzung der Stelle eines Referatsleiters nimmt der Fachbereichsleiter im Fachbereich einen Bewerberaufruf mit Anforderungsprofil vor. Bleibt der fachbereichsinterne Bewerberaufruf ohne Erfolg, kann die Behörde im Ministerium einen Bewerberaufruf veröffentlichen. Bleibt auch dieser ohne Erfolg, kann die Behörde den Bewerberaufruf extern veröffentlichen. Der Fachbereichsleiter vergleicht die Eignung und Fähigkeiten der Bewerber im Hinblick auf die Wahrnehmung der Führungsaufgabe.“

Art. 5 - In Artikel 12 Absatz 1 Nummern 1 und 2 desselben Erlasses der Regierung, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2006, wird die Wortfolge „Geschäftsführenden Verwalter des Selor“ jeweils durch die Wortfolge „leitenden Beamten des für die Anwerbung von Beamten zuständigen Föderalen öffentlichen Dienstes“ ersetzt.

Art. 6 - Artikel 14 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2006, wird die Wortfolge „Geschäftsführenden Verwalter des Selor“ jeweils durch die Wortfolge „leitenden Beamten des für die Anwerbung von Beamten zuständigen Föderalen öffentlichen Dienstes“ ersetzt.

2. In Absatz 2, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird die Wortfolge „Geschäftsführenden Verwalter des Selor“ durch die Wortfolge „leitenden Beamten des für die Anwerbung von Beamten zuständigen Föderalen öffentlichen Dienstes“ ersetzt.

Art. 7 - Artikel 15 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt abgeändert:

1. In §1, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird die Wortfolge „Geschäftsführenden Verwalter des Selor“ durch die Wortfolge „leitenden Beamten des für die Anwerbung von Beamten zuständigen Föderalen öffentlichen Dienstes“ ersetzt.

2. In §2, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 27. April 2000 und 19. Oktober 2006, wird die Wortfolge „Geschäftsführende Verwalter des Selor“ durch die Wortfolge „leitende Beamte des für die Anwerbung von Beamten zuständigen Föderalen öffentlichen Dienstes“ ersetzt.

3. In §3, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2006, wird die Wortfolge „Geschäftsführende Verwalter des Selor“ durch die Wortfolge „leitende Beamte des für die Anwerbung von Beamten zuständigen Föderalen öffentlichen Dienstes“ ersetzt.

Art. 8 - In Artikel 16 Absatz 1 desselben Erlasses der Regierung, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2006, wird die Wortfolge „Geschäftsführende Verwalter des Selor“ durch die Wortfolge „leitende Beamte des für die Anwerbung von Beamten zuständigen Föderalen öffentlichen Dienstes“ ersetzt.

Art. 9 - Artikel 19 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt abgeändert:

1. In §1, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2006, wird die Wortfolge „Geschäftsführenden Verwalter des Selor“ wird durch die Wortfolge „leitenden Beamten des für die Anwerbung von Beamten zuständigen Föderalen öffentlichen Dienstes“ ersetzt.

2. In §2, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2006, wird die Wortfolge „Geschäftsführende Verwalter des Selor“ jeweils durch die Wortfolge „leitende

Beamte des für die Anwerbung von Beamten zuständigen Föderalen öffentlichen Dienstes" ersetzt.

Art. 10 - Artikel 21 Absatz 1 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt ersetzt:
„Die Dauer der Probezeit beträgt sechs Monate.“

Art. 11 - Artikel 36.4 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „dritten, sechsten und neunten“ durch das Wort „dritten“ ersetzt.

2. In Absatz 4 wird das Wort „vierten“ durch das Wort „zweiten“ ersetzt.

Art. 12 - In Artikel 39 §2 desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird die Wortfolge „oder sein Stellvertreter“ durch die Wortfolge „, sein Stellvertreter oder ein vorgesetztes Mitglied des Direktionsrates“ ersetzt.

Art. 13 - In Artikel 62 Absatz 2 desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird die Wortfolge „Geschäftsführenden Verwalter des Selor““ jeweils durch die Wortfolge „leitenden Beamten des für die Anwerbung von Beamten zuständigen Föderalen öffentlichen Dienstes“ ersetzt.

Art. 14 - In Artikel 63 Absatz 2 desselben Erlasses der Regierung, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2006, wird die Wortfolge „Geschäftsführenden Verwalter des Selor“ durch die Wortfolge „leitenden Beamten des für die Anwerbung von Beamten zuständigen Föderalen öffentlichen Dienstes“ ersetzt.

Art. 15 - In Artikel 87.2 §1 Absatz 1 desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird folgender Satz eingefügt:

„Er legt fest, ob ihre Höhe der Zulage für Fachbereichsleiter oder Referatsleiter entspricht.“

Art. 16 - Artikel 89 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. §2 wird wie folgt ersetzt:

„§2 - Der Beamte teilt seine zusätzlichen beruflichen Aktivitäten im öffentlich-rechtlichen Bereich dem Direktionsrat vor Aufnahme der Tätigkeit auf dem Dienstweg mit. Der Direktionsrat kann, nach vorheriger Stellungnahme des unmittelbar Vorgesetzten, dem betreffenden Beamten die Tätigkeit innerhalb einer Frist von 20 Kalendertagen untersagen.“

2. In §3 Absatz 1 wird die Wortfolge „der Regierung“ durch die Wortfolge „des Direktionsrates“ ersetzt.

3. §3 Absatz 2 wird aufgehoben.

4. §4 Satz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Der Direktionsrat holt zuvor die Stellungnahme des unmittelbar Vorgesetzten des Beamten ein.“

Art. 17 - Artikel 109 Nummer 2 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2021, wird aufgehoben.

Art. 18 - In Kapitel VIII Abschnitt 3 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird folgender Artikel 109.1 eingefügt:

„Art. 109.1 - Der Beamte hat anlässlich der Geburt eines Kindes, dessen Abstammung ihm gegenüber feststeht, Anrecht auf einen Geburtsurlaub von 20 Arbeitstagen. Der Geburtsurlaub gilt als besoldeter Urlaub und wird dem aktiven Dienst gleichgestellt.

Bei der Geburt eines Kindes hat nur ein Beamter Anspruch auf den Geburtsurlaub.

Es besteht kein Anrecht auf Geburtsurlaub, wenn eine Fehlgeburt vor dem 181. Tag der Schwangerschaft eintritt.

Im Anschluss an den Geburtsurlaub hat der Beamte das Recht, an seinen früheren Arbeitsplatz zurückzukehren oder, wenn dies nicht möglich ist, eine gleichwertige oder ähnliche Arbeit zugewiesen zu bekommen.“

Art. 19 - Artikel 117 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge „Generalsekretär oder dessen Stellvertreter“ durch die Wortfolge „Generalsekretär, seinem Stellvertreter oder einem Mitglied des Direktionsrates“ ersetzt.

2. In Absatz 3 wird die Wortfolge „Generalsekretär oder seinem Stellvertreter“ durch die Wortfolge „Generalsekretär, seinem Stellvertreter oder einem Mitglied des Direktionsrates“ und die Wortfolge „betroffenen Fachbereichsleiter“ durch die Wortfolge „unmittelbar Vorgesetzten des betreffenden Beamten“ ersetzt.

Art. 20 - In Kapitel VIII Abschnitt 3 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird folgender Artikel 117.1 eingefügt:

„Art. 117.1 - Der Beamte hat Anrecht auf einen Urlaub wegen Fällen höherer Gewalt aus dringenden und unerwarteten familiären Gründen sowie aufgrund von schweren Sachschäden am Eigentum. Zur Inanspruchnahme des Urlaubs stellt der Beamte beim Generalsekretär oder dessen Stellvertreter einen Antrag.

Der Generalsekretär oder sein Stellvertreter prüft, ob ein Fall höherer Gewalt vorliegt und trifft die Entscheidung, ob dem Antrag stattgegeben wird.

Der Urlaub wegen Fällen höherer Gewalt beträgt höchstens zehn Arbeitstage pro Jahr und kann in einzelne ganze Tage aufgeteilt werden. Der Urlaub wegen Fällen höherer Gewalt gilt als besoldeter Urlaub und wird dem aktiven Dienst gleichgestellt.“

Art. 21 - In Kapitel VIII Abschnitt 5 Unterabschnitt 5.1 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird die Überschrift wie folgt ersetzt:

„Unterabschnitt 5.1 - Mutterschafts- und übertragener Mutterschaftsurlaub“

Art. 22 - Artikel 132 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird das Wort „Vater“ durch das Wort „Mit-Elternteil“ und „das Wort „Vaterschaftsurlaub“ durch die Wortfolge „übertragenen Mutterschaftsurlaub“ ersetzt.

2. §2 Absatz 1 wird das Wort „Vaterschaftsurlaubs“ durch die Wortfolge „übertragenen Mutterschaftsurlaubs“ ersetzt.

3. In §2 Absatz 2 wird das Wort „Vaterschaftsurlaub“ durch die Wortfolge „übertragenen Mutterschaftsurlaub“ ersetzt.

4. In §3 Absatz 1 wird das Wort „Vaterschaftsurlaub“ durch die Wortfolge „übertragene Mutterschaftsurlaub“ ersetzt.

5. In §3 Absatz 2 wird das Wort „Vaterschaftsurlaub“ durch die Wortfolge „übertragenen Mutterschaftsurlaub“ ersetzt.

6. In §4 wird das Wort „Vaterschaftsurlaub“ durch die Wortfolge „übertragene Mutterschaftsurlaub“ ersetzt.

Art. 23 - Artikel 135 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 135 - Die im vorliegenden Unterabschnitt vorgesehenen Bestimmungen dienen der teilweisen Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1158 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates.“

Art. 24 - In Artikel 137 Absatz 3 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird das Wort „Fachbereichsleiter“ durch die Wortfolge „unmittelbar Vorgesetzten“ ersetzt.

Art. 25 - In Artikel 139 Absatz 2 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 17. Januar 2013, wird das Wort „Fachbereichsleiter“ durch die Wortfolge „unmittelbar Vorgesetzten“ ersetzt.

Art. 26 - In der Überschrift von Kapitel VIII.1 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.

Art. 27 - Artikel 191.1 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.
2. In Nummer 2 wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.

Art. 28 - Artikel 191.2 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 einleitenden Sätze wird das Wort „Heimarbeit“ jeweils durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.
2. In Absatz 1 Nummer 1 wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.
3. In Absatz 1 Nummer 2 wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.
4. In Absatz 2 wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.
5. In Absatz 3 Nummer 1 wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.
6. In Absatz 3 Nummer 3 wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.

Art. 29 - Artikel 191.3 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird das Wort „Heimarbeit“ jeweils durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.
2. In §2 wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.

Art. 30 - Artikel 191.4 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.
2. In Absatz 2 wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.
3. In Absatz 3 Nummer 1 wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.

Art. 31 – In Artikel 191.5 §2 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.

Art. 32 - In Kapitel XII desselben Erlasses der Regierung, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird folgender Artikel 225.7 eingefügt:

„Art. 225.7 - §1 - Die Personalmitglieder, die am 31. Dezember 2023 im Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder in der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben Beamte sind, werden am 1. Januar 2024 in demselben Dienstgrad oder einem gleichwertigen Dienstgrad als Beamte des Ministeriums übernommen. Dienstgrade im Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder in der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, die im vorliegenden Erlass nicht aufgeführt sind, werden einschließlich der entsprechenden Beförderungsgrade wie folgt umgewandelt und als gleichwertig betrachtet:

1. Arbeitsberater und Psycho-medizinisch-soziale Assistenten: Assistent;
2. Pädagogische Referenten und Psychologen: Referent.

Die Dienste, die von den in Absatz 1 angeführten Beamten geleistet worden sind, werden hinsichtlich der Ermittlung des Dienstalters so berücksichtigt, als ob sie im Ministerium geleistet worden wären.

§2 - In Abweichung von Artikel 36.14 §3 werden Personalmitglieder des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, die am 31. Dezember 2023 als geschäftsführende Direktoren ernannt sind, am 1. Januar 2024 als Beamte im Dienstgrad des Direktors im Ministerium übernommen.“

Art. 33 - In Anhang I Stufe I desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. Oktober 2006 und 19. Januar 2017, wird folgende Zeile eingefügt:

„Direktor IB“

Art. 34 - In Anhang III desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 4. September 2012 und abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. Januar 2017 und 15. September 2022, wird folgende Zeile eingefügt:

„Direktor M3“

Art. 35 - In Artikel 1 Nummer 2 des Erlasses der Regierung vom 30. November 2000 über den Beitrag der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen Öffentlichen Interesses zu den Beförderungskosten der Personalmitglieder, ersetzt durch den Erlass vom 15. September 2015 und abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 23. Mai 2019 und vom 15. September 2022, wird folgender Buchstabe e) eingefügt:

„e) das Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung“

Art. 36 – In Artikel 2 §3 Absatz 2 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird das Wort „Heimarbeit“ jeweils durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.

Art. 37 - Artikel 1 Nummer 2 des Erlasses der Regierung vom 20. Dezember 2000 über die Kilometerentschädigung für das Benutzen des Fahrrades auf dem Arbeitsweg zu Gunsten der Personalmitglieder des Ministeriums und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 4. Mai 2011 und vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Spiegelstrich 4 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgender Spiegelstrich 5 wird wie folgt eingefügt:
„- das Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung.“

Art. 38 - Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Organisation der Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. Folgende Nummer 4 wird eingefügt:
„4. Das Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung.“

Art. 39 - In Artikel 15.2 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird die Angabe „89,“ gestrichen und die Angabe „117 zweiter Absatz“ durch die Angabe „117.1“ ersetzt.

Art. 40 - In Artikel 15.4 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird die Angabe „89,“ gestrichen.

Art. 41 - Artikel 15.5 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 11. Dezember 2003, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 15.5 - Artikel 117 Absätze 2 und 3 des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 erhält folgende Fassung:

„Der Beamte muss eine schriftliche Anfrage beim geschäftsführenden Direktor einreichen, für die Nummern 2 und 3 mindestens einen Monat im Voraus.

Die Entscheidung wird vom geschäftsführenden Direktor nach Absprache mit dem unmittelbar Vorgesetzten des betreffenden Beamten getroffen.“

Art. 42 - In Artikel 15.15 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 5. Juli 2007, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Januar 2017 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2021, wird in der Fassung von Artikel 87.2 §1 des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 folgender Absatz 6 eingefügt:

„Die Fachbereichsleiter erhalten die Zulage für Führungs- und Leitungsaufgaben von Rechts wegen.“

Art. 43 - In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 15.18 eingefügt:

„Art. 15.18 - In Artikel 179 §1 desselben Erlasses der Regierung wird folgende Nummer 6 eingefügt:

„6. Mitglied der Regierung oder des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, insofern keine gesetzliche Unvereinbarkeit besteht.“

Art. 44 - In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 15.19 eingefügt:

„Art. 15.19 - Die Artikel 191.1 bis 191.6 desselben Erlasses der Regierung finden keine Anwendung auf die Beamten des Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung, die als Kinderbegleiter oder Kinderbetreuer in Heimarbeit arbeiten.

Der Verwaltungsrat des Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung trifft eine Vereinbarung über die Heimarbeit mit den Beamten, die als Kinderbegleiter oder Kinderbetreuer in Heimarbeit arbeiten.

Beamte, die als Kinderbegleiter oder Kinderbetreuer in Heimarbeit arbeiten, erhalten eine Entschädigung für die Kinderbetreuung in den eigenen Räumlichkeiten, die sich aus folgenden Beträgen zusammensetzt:

1. eine monatliche Entschädigung in Höhe von 203,79 Euro pro Vollzeitäquivalent für die strukturellen Kosten, die unabhängig von der Anzahl zu betreuender Kinder entstehen. Dazu gehören Strom, Wasser, Heizung, Reinigung, die berufliche Nutzung der privaten Internet- und Telefonverbindung, die berufliche Nutzung privater Arbeitsutensilien wie Geschirr und Töpfe sowie eine Beteiligung an den Haushaltsgeräten, deren Einsatz den Kinderbegleitern oder Kinderbetreuern ermöglicht, mehr Zeit in die Betreuung der Kinder zu investieren. Reduziert ein Beamter seine Wochenarbeitszeit, wird die Pauschale um den Prozentsatz der Arbeitszeitreduzierung gekürzt;

2. eine monatliche Entschädigung pro Vollzeitäquivalent für die Verbrauchsprodukte, bei denen die Kosten mit jedem Kind steigen: Nahrung, Getränke, Abfallentsorgung, Hausapotheke. Reduziert ein Beamter seine Wochenarbeitszeit, wird die Pauschale um den Prozentsatz der Arbeitszeitreduzierung gekürzt. Der monatliche Betrag pro Betreuungsplatz beträgt 58,67 Euro."

Art. 45 - Artikel 16 desselben Erlass der Regierung, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 29. Oktober 2015, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 16 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses ist der Anhang I desselben Erlasses mit folgenden Ergänzungen zu lesen:

<u>„Dienstgrad</u>	<u>Rang</u>
Geschäftsführender Direktor	I.B
Pädagogischer Berater	I.D
Beigeordneter Pädagogischer Berater	I.E
Pädagogischer Referent	I.F
Erster Lehrlingssekretär	II+.A
Erster Buchhalter	II+.A
Hauptlehrlingssekretär	II+.B
Hauptbuchhalter	II+.B
Lehrlingssekretär	II+.C
Buchhalter	II+.C
Erster Kinderbetreuer	II.A
Hauptkinderbetreuer	II.B
Kinderbetreuer	II.C
Erster Kinderbegleiter	III.A
Hauptkinderbegleiter	III.B
Kinderbegleiter	III.C"

Art. 46 - Artikel 17 desselben Erlasses der Regierung, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 29. Oktober 2015 und 15. September 2022, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 17 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses ist der Anhang III desselben Erlasses mit folgenden Ergänzungen zu lesen:

<u>„Dienstgrad</u>	<u>Gehaltstabelle</u>
Geschäftsführender Direktor	M3
Pädagogischer Berater	I/8

Beigeordneter Pädagogischer Berater	I/4
Pädagogischer Referent	I/1
Erster Lehrlingssekretär	II+/3
Hauptlehrlingssekretär	II+/2
Lehrlingssekretär	II+/1
Erster Kinderbetreuer	II/4
Hauptkinderbetreuer	II/3
Kinderbetreuer	II/1
Erster Kinderbegleiter	III/6
Hauptkinderbegleiter	III/4
Kinderbegleiter	III/2"

Art. 47 - In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 18.1 eingefügt:

„Art. 18.1 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses ist der Anhang VII desselben Erlasses mit folgenden Ergänzungen zu lesen:

„Kapitel III - Diplome, die Zugang zu spezifischen Diensträngen geben

In Abweichung von Anhang VII Kapitel I Stufe II geben ausschließlich folgende Diplome und Zertifikate Zugang zum Dienstgrad Kinderbetreuer in der Stufe II:

1. das Abschlusszeugnis der Oberstufe des technischen Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Erziehung;
2. das Abschlusszeugnis der Oberstufe des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Betreuung für Kindergemeinschaften;
3. das Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarschulwesens in der Studienrichtung Kinderpflege
4. das Brevet als Kinderpfleger;
5. das Studienzeugnis des sechsten Jahres des berufsbildenden Unterrichts in der Studienrichtung Kinderpflege, ergänzt um den Befähigungsnachweis des sechsten oder siebten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Kinderpflege;
6. das Studienzeugnis des sechsten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Familienhilfe, ergänzt um den Befähigungsnachweis des sechsten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts in der Studienrichtung Familienhilfe;
7. das vom Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Zusammenarbeit mit der Deutschsprachigen Krankenpflegevereinigung in Belgien KPVDB VoG ausgestellte Zertifikat als Kinderbetreuer oder als Familien- und Seniorenhelfer und Pflegehelfer oder ein von der Regierung als gleichwertig anerkannter Nachweis;
8. die vom Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellte Bescheinigung über die Teilnahme an einer Schulung zum Kindergartenhelfer oder ein von der Regierung als gleichwertig anerkannter Nachweis, jeweils ergänzt um einen Nachweis über das Absolvieren einer von der Regierung anerkannten und mindestens 120 Stunden umfassenden Weiterbildung im Bereich Kinderbetreuung;
9. jedes Diplom aus den Studienrichtungen Sozialarbeit, Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften, Pädagogik, Psychologie, Erziehungswissenschaften, Bildungswissenschaften, das Zugang zu den Stufen II+ und I gibt.“

Art. 48 - In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 18.2 eingefügt:

„Art. 18.2 - Jeder Kinderbegleiter des Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung, der in den zehn Jahren nach seinem Arbeitseintritt den Nachweis eines der in Artikel 18.1 angeführten Diplome und Zertifikate als Kinderbetreuer erbringt, erhält zum ersten Tag des Monats, der dem Einreichen des Nachweises folgt, ein Vertragsangebot als Kinderbetreuer in der Stufe II.“

Art. 49 - In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 24.1 eingefügt:

„Art. 24.1 - In Abweichung der in Artikel 73 §2 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten erwähnten Höchstgrenze gelten für alle Personalmitglieder der VoG Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung, die sich am 31. Dezember 2023 in einem Beschäftigungsverhältnis mit dieser befinden, sowie für alle konventionierten Tagesmütter/-väter, die am 31. Dezember 2023 auf Grundlage des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung zugelassen sind, und die von dem Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung einen Arbeitsvertrag angeboten bekommen, zur Ermittlung des finanziellen Dienstalters alle tatsächlichen Dienste, die nachweislich im Rahmen eines Arbeitsvertrags bei der VoG Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung oder als zugelassene/r konventionierte/r Tagesmutter/-vater geleistet wurden, als annehmbare Dienstzeit.“

Art. 50 - In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 24.2 eingefügt:

„Art. 24.2 - Der Arbeitnehmer der VoG Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung, der am 31. Dezember 2023 ein höheres Gehalt bezieht, als ihm in Anwendung des vorliegenden Erlasses als Personalmitglied des Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung zusteht, wird als Personalmitglied dieses Zentrums so lange weiter auf Grundlage der ihm am 31. Dezember 2023 zugeordneten gültigen Gehaltstabelle des Erlasses der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalauszuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich bezahlt, bis eine Bezahlung gemäß vorliegendem Erlass vorteilhafter ist.“

Art. 51 - In Artikel 1 §1 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 3. Dezember 2020, wird folgender Spiegelstrich eingefügt:

„- Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung“

Art. 52 - In Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 28. September 2001 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Ministerium und in den paragemeinschaftlichen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird folgende Nummer 6 eingefügt:

„6. das Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung“

Art. 53 - In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 6.1 eingefügt:

„Art. 6.1 - Der Beamte hat das Recht, im Anschluss an die in Kapitel III des Königlichen Erlasses vom 7. Mai 1999 angeführten Laufbahnunterbrechungen an seinen früheren Arbeitsplatz zurückzukehren oder, wenn dies nicht möglich ist, eine gleichwertige oder ähnliche Arbeit zugewiesen zu bekommen.“

Art. 54 - Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 5. Juni 2003 über das Urlaubsgeld für die Personalmitglieder des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der paragemeinschaftlichen Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 5 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 6 wird wie folgt eingefügt:

„6. das Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung.“

Art. 55 - In Artikel 3 §1 Absatz 2 Nummer 4 desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 13. März 2008 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 10. Dezember 2009, wird folgender Buchstabe c eingefügt:

„c. 85% ab dem Jahr 2024“

Art. 56 - Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen Öffentlichen Interesses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird folgende Nummer 5 eingefügt:

„5. des Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung“

Art. 57 - Artikel 12.7 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.

2. Zwischen der Zahl „1996“ und dem Wort „finden“ wird die Wortfolge „und Artikel 15.19 des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Organisation der Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen“ eingefügt.

Art. 58 - In denselben Erlass der Regierung wird folgender Artikel 16.2 eingefügt:

„Art. 16.2 - Übergangsbestimmung - Übernahmemodalitäten

Allen Vertragsbediensteten des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben wird zum 1. Januar 2024 ein gleichwertiger Arbeitsvertrag im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft angeboten, wobei die Dienste, die bei einer der beiden angeführten Einrichtungen geleistet worden sind, hinsichtlich der Ermittlung des Dienstalters so berücksichtigt werden, als ob sie als Vertragsbediensteter im Ministerium geleistet worden wären.

Personalmitglieder, die bisher im Rahmen des Erlasses der Regierung vom 28. Dezember 1994 der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Geschäftsordnung des Vertragspersonals für die Berufsausbildung des gemeinschaftlichen und regionalen Amtes für Berufsausbildung und Arbeitsbeschaffung im Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft beschäftigt waren, wird ein Arbeitsvertrag gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Erlasses angeboten, wobei die Dienste, die bei dem Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft geleistet worden sind, hinsichtlich der Ermittlung des Dienstalters so berücksichtigt werden, als ob sie als Vertragsbediensteter im Ministerium geleistet worden wären.“

Art. 59 - In Artikel 2 Absatz 1 des Erlasses der Regierung vom 22. Dezember 2005 zur Schaffung eines Sozialdienstes für das Personal der Regierung, des Ministeriums und bestimmter paragemeinschaftlicher Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird folgende Nummer 5.1 eingefügt:

„5.1. die Personalmitglieder des Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung;“

Art. 60 - Artikel 13 des Erlasses der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 39.1 wird das Wort „Heimarbeit“ jeweils durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.

2. In Nummer 39.2. wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.

Art. 61 - In Artikel 12.1 Absatz 2 Satz 1 des Erlasses der Regierung 23. Mai 2019 zur Organisation des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen

Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Zur Besetzung der Stelle eines Referatsleiters nimmt der Fachbereichsleiter im Fachbereich einen Bewerberaufruf mit Anforderungsprofil vor. Bleibt der fachbereichsinterne Bewerberaufruf ohne Erfolg, kann die Behörde im BRF einen Bewerberaufruf veröffentlichen. Bleibt auch dieser ohne Erfolg, kann die Behörde den Bewerberaufruf extern veröffentlichen. Der Fachbereichsleiter vergleicht die Eignung und Fähigkeiten der Bewerber im Hinblick auf die Wahrnehmung der Führungsaufgabe.“

Art. 62 - Artikel 121 Nummer 2 desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2021, wird aufgehoben.

Art. 63 - In Kapitel 9 Abschnitt 3 desselben Erlasses der Regierung wird folgender Artikel 121.1 eingefügt:

„Art. 121.1 - Der Beamte hat anlässlich der Geburt eines Kindes, dessen Abstammung ihm gegenüber feststeht, Anrecht auf einen Geburtsurlaub von 20 Arbeitstagen. Der Geburtsurlaub gilt als besoldeter Urlaub und wird dem aktiven Dienst gleichgestellt.

Bei der Geburt eines Kindes hat nur ein Beamter Anspruch auf den Geburtsurlaub.

Es besteht kein Anrecht auf Geburtsurlaub, wenn eine Fehlgeburt vor dem 181. Tag der Schwangerschaft eintritt.

Im Anschluss an den Geburtsurlaub hat der Beamte das Recht, an seinen früheren Arbeitsplatz zurückzukehren oder, wenn dies nicht möglich ist, eine gleichwertige oder ähnliche Arbeit zugewiesen zu bekommen.“

Art. 64 - In denselben Abschnitt desselben Erlasses der Regierung wird folgender Artikel 128.1 eingefügt:

„Art. 128.1 - Der Beamte hat Anrecht auf einen Urlaub wegen Fällen höherer Gewalt aus dringenden und unerwarteten familiären Gründen sowie aufgrund von schweren Sachschäden am Eigentum. Zur Inanspruchnahme des Urlaubs stellt der Beamte beim Direktor einen Antrag.

Der Direktor prüft, ob ein Fall höherer Gewalt vorliegt und trifft die Entscheidung, ob dem Antrag stattgegeben wird.

Der Urlaub wegen Fällen höherer Gewalt beträgt höchstens zehn Arbeitstage pro Jahr und kann in einzelne ganze Tage aufgeteilt werden. Der Urlaub wegen Fällen höherer Gewalt gilt als besoldeter Urlaub und wird dem aktiven Dienst gleichgestellt.“

Art. 65 - In Kapitel 9 Abschnitt 5 Unterabschnitt 5.1 desselben Erlasses der Regierung wird die Überschrift wie folgt ersetzt:

„Unterabschnitt 5.1 - Mutterschafts- und übertragener Mutterschaftsurlaub“

Art. 66 - Artikel 144 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird das Wort „Vater“ durch das Wort „Mit-Elternteil“ und „das Wort „Vaterschaftsurlaub“ durch die Wortfolge „übertragenen Mutterschaftsurlaub“ ersetzt.

2. §2 Absatz 1 wird das Wort „Vaterschaftsurlaubs“ durch die Wortfolge „übertragenen Mutterschaftsurlaubs“ ersetzt.

3. In §2 Absatz 2 wird das Wort „Vaterschaftsurlaub“ durch die Wortfolge „übertragenen Mutterschaftsurlaub“ ersetzt.

4. In §3 Absatz 1 wird das Wort „Vaterschaftsurlaub“ durch die Wortfolge „übertragene Mutterschaftsurlaub“ ersetzt.

5. In §3 Absatz 2 wird das Wort „Vaterschaftsurlaub“ durch die Wortfolge „übertragenen Mutterschaftsurlaub“ ersetzt.

6. In §4 wird das Wort „Vaterschaftsurlaub“ durch die Wortfolge „übertragene Mutterschaftsurlaub“ ersetzt.

Art. 67 - Artikel 148 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt ersetzt:

„Art. 148 - Die im vorliegenden Unterabschnitt vorgesehenen Bestimmungen dienen der teilweisen Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1158 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates.“

Art. 68 - In der Überschrift von Kapitel 9.1 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.

Art. 69 - Artikel 207.1 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.
2. In Nummer 2 wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.

Art. 70 - Artikel 207.2 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 einleitenden Sätze wird das Wort „Heimarbeit“ jeweils durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.
2. In Absatz 1 Nummer 1 wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.
3. In Absatz 1 Nummer 2 wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.
4. In Absatz 2 wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.
5. In Absatz 3 Nummer 1 wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.
6. In Absatz 3 Nummer 3 wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.

Art. 71 - Artikel 207.3 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 1 wird das Wort „Heimarbeit“ jeweils durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.
2. In §2 wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.

Art. 72 - Artikel 207.4 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.
2. In Absatz 2 wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.
3. In Absatz 3 Nummer 1 wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.

Art. 73 - In Artikel 207.5 §2 desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.

Art. 74 - In der Überschrift von Artikel 18.1 des Erlasses der Regierung vom 23. Mai 2019 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 15. September 2022, wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.

Art. 75 – In der Überschrift des Erlasses der Regierung vom 28. Oktober 2021 über eine Entschädigung für Heimarbeit im Rahmen der Corona-Krise wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.

Art. 76 – Artikel 1 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 im einleitenden Satz wird das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.
2. In Absatz 4 das Wort „Heimarbeit“ durch das Wort „Telearbeit“ ersetzt.

Art. 77 - Vorliegender Erlass der Regierung tritt am 1. Januar 2024 in Kraft mit Ausnahme:

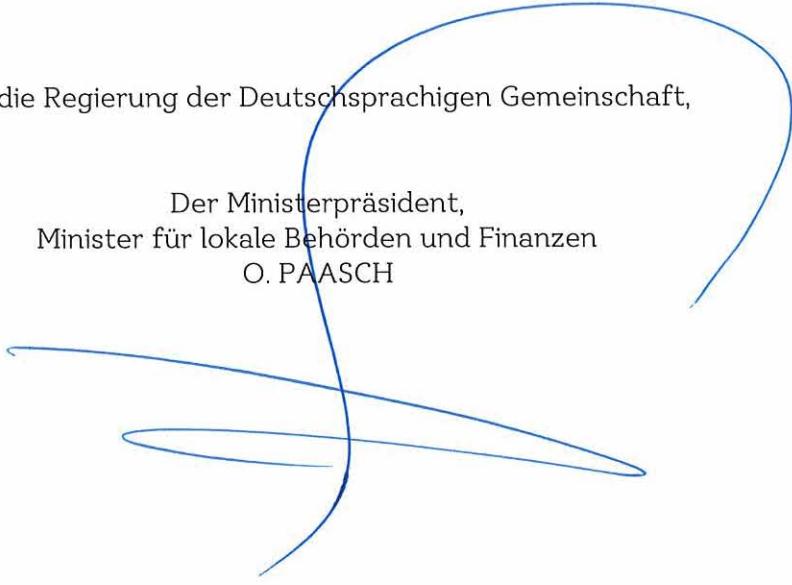
1. der Artikel 10 und 11, die am Tag der Verabschiedung des vorliegenden Erlasses in Kraft treten.
2. des Artikels 43, der am Tag der nächsten vollständigen Erneuerung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Kraft tritt.

Art. 78 - Der für das Personal zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH



REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[Nummer Erlassregister]

Voorontwerp van een besluit van de Regering tot wijziging van verschillende bepalingen betreffende het personeel van het Ministerie en van bepaalde organismen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 87, § 1, gewijzigd bij de bijzondere wetten van 8 augustus 1988, 16 juli 1993 en 6 januari 2014;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 54, eerste lid, gewijzigd bij de wet van 16 juni 1993;

Gelet op het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, artikel 102, § 1, eerste lid;

Gelet op het besluit van de Regering van 20 januari 1993 tot vaststelling van de spelbedragen voor de toekenning van een haardtoelage of van een standplaatstoelage aan het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van de parageemeenschappelijke instellingen;

Gelet op het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren;

Gelet op het besluit van de Regering van 30 november 2000 betreffende de regeling van de tegemoetkoming van de Duitstalige Gemeenschap en van sommige instellingen van openbaar nut in de vervoerkosten van de personeelsleden;

Gelet op het besluit van de Regering van 20 december 2000 houdende toekenning van een kilometervergoeding voor het gebruik van de fiets op de weg van en naar het werk aan de personeelsleden van het Ministerie en van sommige instellingen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan;

Gelet op het besluit van de Regering van 28 september 2001 betreffende de loopbaanonderbreking in het Ministerie en in de parageemeenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 5 juni 2003 betreffende het vakantiegeld toegekend aan de personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van de parageemeenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 december 2005 tot inrichting van een sociale dienst voor het personeel van de Regering, van het Ministerie en van bepaalde paragemeenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 23 mei 2019 houdende organisatie van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren;

Gelet op het besluit van de Regering van 23 mei 2019 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 28 oktober 2021 betreffende een thuiswerkvergoeding in het kader van de coronacrisis;

Gelet op het met redenen omklede advies van de directieraad van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, gegeven op 15 juni 2023;

Gelet op protocol nr. S8/2023 van sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap van 28 juni 2023;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 7 juli 2023;

Gelet op advies ... van de Raad van State, gegeven op ... met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor Personeel;

Na beraadslaging,

Besluit:

Artikel 1 – Dit besluit van de Regering dient tot gedeeltelijke omzetting van Richtlijn (EU) 2019/1158 van het Europees Parlement en de Raad van 20 juni 2019 betreffende het evenwicht tussen werk en privéleven voor ouders en mantelzorgers en tot intrekking van Richtlijn 2010/18/EU van de Raad.

Art. 2 – Artikel 1 van het besluit van de Regering van 20 januari 1993 tot vaststelling van de spelbedragen voor de toekenning van een haardoelage of van een standplaatstoelage aan het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van de paragemeenschappelijke instellingen, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 20 februari 2003 en 15 september 2022, wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende:

"6° het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap"

Art. 3 – In artikel 11, § 1, van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren, vervangen bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de woorden "en de bestuursdirecteurs" vervangen door de woorden ", de bestuursdirecteurs en de directeurs".

Art. 4 – In artikel 11.3, eerste lid, van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 28 oktober 2021 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, wordt de eerste zin vervangen als volgt:

"Om de betrekking van eenheidshoofd in te vullen, doet het departementshoofd binnen het departement een oproep tot de gegadigden waarin het vereiste profiel wordt bekendgemaakt. Als de oproep tot de gegadigden binnen het departement niets oplevert, kan de overheid een oproep tot de gegadigden binnen het Ministerie bekendmaken. Als ook die oproep niets oplevert, kan de overheid de oproep tot de gegadigden extern bekendmaken. Het departementshoofd vergelijkt de geschiktheid en de vaardigheden van de gegadigden die in aanmerking komen voor de leidinggevende taak."

Art. 5 – In artikel 12, eerste lid, 1° en 2°, van hetzelfde besluit van de Regering, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 oktober 2006, worden de woorden "Afgevaardigd Bestuurder van Selor" telkens vervangen door de woorden "leidend ambtenaar van de Federale Overheidsdienst die bevoegd is voor de aanwerving van ambtenaren".

Art. 6 – In artikel 14 van hetzelfde besluit van de Regering worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 oktober 2006, worden de woorden "Afgevaardigd Bestuurder van Selor" vervangen door de woorden "leidend ambtenaar van de Federale Overheidsdienst die bevoegd is voor de aanwerving van ambtenaren";

2° in het tweede lid, vervangen bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de woorden "afgevaardigd bestuurder van Selor" vervangen door de woorden "leidend ambtenaar van de Federale Overheidsdienst die bevoegd is voor de aanwerving van ambtenaren".

Art. 7 – In artikel 15 van hetzelfde besluit van de Regering worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1, vervangen bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de woorden "afgevaardigd bestuurder van Selor" vervangen door de woorden "leidend ambtenaar van de Federale Overheidsdienst die bevoegd is voor de aanwerving van ambtenaren".

2° in paragraaf 2, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 27 april 2000 en 19 oktober 2006, worden de woorden "Afgevaardigd Bestuurder van Selor" vervangen door de woorden "leidend ambtenaar van de Federale Overheidsdienst die bevoegd is voor de aanwerving van ambtenaren".

3° in paragraaf 3, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 oktober 2006, worden de woorden "Afgevaardigd Bestuurder van Selor" vervangen door de woorden "leidend ambtenaar van de Federale Overheidsdienst die bevoegd is voor de aanwerving van ambtenaren".

Art. 8 – In artikel 16, eerste lid, van hetzelfde besluit van de Regering, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 oktober 2006, worden de woorden "Afgevaardigd Bestuurder van Selor" vervangen door de woorden "leidend ambtenaar van de Federale Overheidsdienst die bevoegd is voor de aanwerving van ambtenaren".

Art. 9 – In artikel 19 van hetzelfde besluit van de Regering worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 oktober 2006, worden de woorden "Afgevaardigd Bestuurder van Selor" vervangen door de woorden "leidend ambtenaar van de Federale Overheidsdienst die bevoegd is voor de aanwerving van ambtenaren";

2° in paragraaf 2, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 oktober 2006, worden de woorden "Afgevaardigd Bestuurder van Selor" vervangen door de woorden "leidend ambtenaar van de Federale Overheidsdienst die bevoegd is voor de aanwerving van ambtenaren".

Art. 10 – Artikel 21, eerste lid, van hetzelfde besluit van de Regering wordt vervangen als volgt:
De duur van de stage bedraagt zes maanden."

Art. 11 – In artikel 36.4 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "de derde, de zesde en de negende" vervangen door het woord "de derde";

2° in het vierde lid wordt het woord "vierde" vervangen door het woord "tweede".

Art. 12 – In artikel 39, § 2, van hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de woorden " of plaatsvervangende secretaris-generaal" vervangen door de woorden ", diens plaatsvervanger of een lid van de directieraad dat ook hiërarchische meerdere is,".

Art. 13 – In artikel 62, tweede lid, van hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de woorden "afgevaardigd bestuurder van Selor" telkens vervangen door de woorden "leidend ambtenaar van de Federale Overheidsdienst die bevoegd is voor de aanwerving van ambtenaren".

Art. 14 – In artikel 63, tweede lid, van hetzelfde besluit van de Regering, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 oktober 2006, worden de woorden "Afgevaardigd Bestuurder van Selor" vervangen door de woorden "leidend ambtenaar van de Federale Overheidsdienst die bevoegd is voor de aanwerving van ambtenaren".

Art. 15 – Artikel 87.2, § 1, eerste lid, van hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, wordt aangevuld met de volgende zin:

"Hij bepaalt of het bedrag ervan overeenstemt met de toelage voor departementshoofden of eenheidshoofden."

Art. 16 – In artikel 89 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 2 wordt vervangen als volgt:

"§ 2 – De ambtenaar deelt zijn bijkomende beroepsactiviteiten in de publiekrechtelijke sector, vóór het begin ervan, langs hiërarchische weg mee aan de directieraad. De directieraad kan, na voorafgaand advies van de onmiddellijke hiërarchische meerdere, de betrokken ambtenaar binnen een termijn van twintig kalenderdagen verbieden om de activiteit uit te oefenen."

2° in § 3, eerste lid, wordt het woord "Regering" vervangen door het woord "directieraad";

3° § 3, tweede lid, wordt opgeheven;

4° in paragraaf 4 wordt de tweede zin vervangen als volgt:

"De directieraad wint vooraf het advies in van de onmiddellijke hiërarchische meerdere van de ambtenaar."

Art. 17 – In artikel 109 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, wordt de bepaling onder 2°, vervangen bij het besluit van de Regering van 28 oktober 2021, opgeheven.

Art. 18 – In hoofdstuk VIII, afdeling 3, van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, wordt een artikel 109.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 109.1 – De ambtenaar heeft recht op twintig werkdagen geboorteverlof naar aanleiding van de geboorte van een kind waarvan de afstamming langs zijn zijde vaststaat. Het geboorteverlof wordt bezoldigd en wordt met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld.

Bij de geboorte van een kind heeft slechts één ambtenaar recht op geboorteverlof.

Er bestaat geen recht op geboorteverlof bij een miskraam vóór de 181e dag van de zwangerschap.

Na afloop van het geboorteverlof heeft de ambtenaar het recht terug te keren in zijn vroegere functie of, indien dat niet mogelijk is, in een gelijkwaardige of vergelijkbare functie."

Art. 19 – In artikel 117 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het tweede lid worden de woorden "de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal" vervangen door de woorden "de secretaris-generaal, diens plaatsvervanger of een lid van de directieraad";

2° in het derde lid worden de woorden "de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal" vervangen door de woorden "de secretaris-generaal, diens plaatsvervanger of een lid van de directieraad" en worden de woorden "het betrokken departementshoofd" vervangen door de woorden "de onmiddellijke hiërarchische meerdere van de betrokken ambtenaar".

Art. 20 – Hoofdstuk VIII, afdeling 3, van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, wordt aangevuld met een artikel 117.1, luidende:

"Art. 117.1 – De ambtenaar heeft recht op verlof wegens overmacht om dringende en onvoorziene familiale omstandigheden, alsook op grond van zware materiële schade aan eigendom. Om gebruik te maken van het verlof, dient de ambtenaar een aanvraag in bij de secretaris-generaal of diens plaatsvervanger.

De secretaris-generaal of diens plaatsvervanger onderzoekt of het gaat om een geval van overmacht en beslist of de aanvraag wordt ingewilligd.

Het verlof wegens overmacht bedraagt hoogstens tien werkdagen per jaar en kan opgesplitst worden in afzonderlijke volledige dagen. Het verlof wegens overmacht wordt bezoldigd en wordt met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld."

Art. 21 – In hoofdstuk VIII, afdeling 5, van hetzelfde besluit van de Regering, wordt het opschrift van onderafdeling 5.1, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, vervangen als volgt:

"Onderafdeling 5.1 – Moederschapsverlof en overgedragen moederschapsverlof"

Art. 22 – In artikel 132 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 wordt het woord "vader" vervangen door het woord "mede-ouder" en wordt het woord "vaderschapsverlof" vervangen door de woorden "overgedragen moederschapsverlof";

2° in § 2, eerste lid, wordt het woord "vaderschapsverlof" vervangen door de woorden "overgedragen moederschapsverlof";

3° in § 2, tweede lid, wordt het woord "vaderschapsverlof" vervangen door de woorden "overgedragen moederschapsverlof";

4° in § 3, eerste lid, wordt het woord "vaderschapsverlof" vervangen door de woorden "overgedragen moederschapsverlof";

5° in § 3, tweede lid, wordt het woord "vaderschapsverlof" vervangen door de woorden "overgedragen moederschapsverlof";

6° in paragraaf 4 wordt het woord "vaderschapsverlof" vervangen door de woorden "overgedragen moederschapsverlof".

Art. 23 – Artikel 135 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en vervangen bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017, wordt vervangen als volgt:

"Art. 135 – Deze onderafdeling dient tot gedeeltelijke omzetting van Richtlijn (EU) 2019/1158 van het Europees Parlement en de Raad van 20 juni 2019 betreffende het evenwicht tussen werk en privéleven voor ouders en mantelzorgers en tot intrekking van Richtlijn 2010/18/EU van de Raad."

Art. 24 – Artikel 137, derde lid, van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de woorden "het departementshoofd" vervangen door de woorden "de onmiddellijke hiërarchische meerdere".

Art. 25 – In artikel 139, tweede lid, van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 17 januari 2013, worden de woorden "het departementshoofd" vervangen door de woorden "de onmiddellijke hiërarchische meerdere".

Art. 26 – (Geldt alleen voor de Duitse tekst)

Art. 27 – In artikel 191.1 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);
- 2° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 28 – In artikel 191.2 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);
- 2° (geldt alleen voor de Duitse tekst);
- 3° (geldt alleen voor de Duitse tekst);
- 4° (geldt alleen voor de Duitse tekst);
- 5° (geldt alleen voor de Duitse tekst);
- 6° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 29 – In artikel 191.3 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);
- 2° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 30 – In artikel 191.4 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);
- 2° (geldt alleen voor de Duitse tekst);
- 3° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 31 – (Geldt alleen voor de Duitse tekst)

Art. 32 – Hoofdstuk XII van hetzelfde besluit van de Regering, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, wordt aangevuld met een artikel 225.7, luidende:

"Art. 225.7 – § 1 – De personeelsleden die op 31 december 2023 ambtenaar zijn bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap of bij de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, worden op 1 januari 2024 in dezelfde graad of in een gelijkwaardige graad overgenomen als ambtenaar van het Ministerie. Graden bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap of bij de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven die niet in dit besluit worden vermeld, worden met inbegrip van de desbetreffende bevorderingsgraden als volgt omgevormd en als gelijkwaardig beschouwd:

- 1° arbeidsadviseur en psycho-medisch-sociale assistent: assistent;

2° pedagogische adjunct en psycholoog: adjunct.

Voor de berekening van de anciënniteit tellen de door de in het eerste lid vermelde ambtenaar verrichte diensten mee alsof ze bij het Ministerie zijn verricht.

§ 2 – In afwijking van artikel 36.14, § 3, worden personeelsleden van de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap en van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven die op 31 december 2023 als afgevaardigd directeur benoemd zijn, op 1 januari 2024 overgenomen als ambtenaar van het Ministerie in de graad van directeur."

Art. 33 – Bijlage I, Niveau I, van hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 oktober 2006 en 19 januari 2017, wordt aangevuld met de volgende regel:

"Directeur I.B"

Art. 34 – Bijlage III van hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het besluit van de Regering van 4 september 2012 en gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 januari 2017 en 15 september 2022, wordt aangevuld met de volgende regel:

"Directeur M3"

Art. 35 – Artikel 1, 2°, van het besluit van de Regering van 30 november 2000 betreffende de regeling van de tegemoetkoming van de Duitstalige Gemeenschap en van sommige instellingen van openbaar nut in de vervoerkosten van de personeelsleden, vervangen bij het besluit van 15 september 2022 en gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 23 mei 2019 en 15 september 2022, wordt aangevuld met een bepaling onder e), luidende:

"e) het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap."

Art. 36 – (Geldt alleen voor de Duitse tekst)

Art. 37 – In artikel 1, 2°, van het besluit van de Regering van 20 december 2000 houdende toekenning van een kilometervergoeding voor het gebruik van de fiets op de weg van en naar het werk aan de personeelsleden van het Ministerie en van sommige instellingen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 4 mei 2011 en 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het vierde streepje wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° de bepaling onder 2° wordt aangevuld met een vijfde streepje, luidende:

"- het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap."

Art. 38 – In artikel 1 van het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 3° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;

2° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende:

"4° het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap."

Art. 39 – In artikel 15.2 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, wordt het getal "89" opgeheven en worden de woorden "117, lid 2" vervangen door het getal "117.1".

Art. 40 – In artikel 15.4 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, worden de woorden "89," opgeheven.

Art. 41 – Artikel 15.5 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 11 december 2003, wordt vervangen als volgt:

"Art. 15.5 – Het tweede en het derde lid van artikel 117 van het bovenvermeld besluit van 27 december 1996 worden vervangen door de volgende bepalingen:

"De ambtenaar moet bij de afgevaardigd directeur een schriftelijke aanvraag indienen en voor de bepalingen onder 2° en 3° moet hij dit minstens één maand van tevoren doen.

De beslissing wordt genomen door de afgevaardigd directeur, na overleg met de onmiddellijke hiërarchische meerdere van de betrokken ambtenaar."

Art. 42 – In artikel 15.15 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 5 juli 2007, vervangen bij het besluit van de Regering van 19 januari 2017 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 28 oktober 2021, wordt het daarin vervatte artikel 87.2, § 1, van het voormelde besluit van 27 december 1996 aangevuld met een zesde lid, luidende:

"De departementshoofden ontvangen de toelage voor managements- of stafopdrachten van rechtswege."

Art. 43 – In hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 15.18 ingevoegd, luidende:

"Art. 15.18 – Artikel 179, § 1, van hetzelfde besluit van de Regering wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende:

"6° "lid van de Regering of het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap, voor zover geen wettelijke onverenigbaarheid bestaat."

Art. 44 – In hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 15.19 ingevoegd, luidende:

"Art. 15.19 – De artikelen 191.1 tot 191.6 van hetzelfde besluit van de Regering zijn niet van toepassing op de ambtenaren van het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap die als kinderoppasser of kinderbegeleider huisarbeid verrichten.

De raad van bestuur van het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap sluit een overeenkomst voor tewerkstelling van huisarbeiders met de ambtenaren die als kinderoppasser of kinderbegeleider huisarbeid verrichten.

Ambtenaren die als kinderoppasser of kinderbegeleider huisarbeid verrichten, krijgen voor de kinderopvang in de eigen ruimten een vergoeding die is samengesteld uit de volgende bedragen:

1° een maandelijkse vergoeding ten belope van 203,79 euro per voltijdsequivalent voor de structurele kosten, onafhankelijk van het aantal op te vangen kinderen. Daartoe behoren elektriciteit, water, verwarming, schoonmaak, het gebruik van de private internet- en telefoonverbinding voor professionele doeleinden, het gebruik van private werkbenodigdheden zoals bestek en kookgerei voor professionele doeleinden, alsook een tegemoetkoming in de kosten van huishoudelijke apparatuur die kinderoppassers of kinderbegeleiders de mogelijkheid biedt meer tijd te besteden aan de opvang van de kinderen. Als een ambtenaar zijn wekelijkse arbeidstijd verkort, wordt het forfait verminderd ten belope van het percentage van de arbeidstijdverkortung;

2° een maandelijkse vergoeding per voltijdsequivalent voor de verbruiksgoederen waarvoor de kosten per kind toenemen; eten, drinken, afvalverwijdering, huisapotheek. Als een ambtenaar zijn wekelijkse arbeidstijd verkort, wordt het forfait verminderd ten belope van het percentage van de arbeidstijdverkortung. Het maandelijkse bedrag per opvangplaats bedraagt 58,67 euro."

Art. 45 – Artikel 16 van hetzelfde besluit van de Regering, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 29 oktober 2015, wordt vervangen als volgt:

"Art. 16 – Voor de toepassing van dit besluit moet bijlage I van hetzelfde besluit rekening houdend met volgende aanvullingen gelezen worden:

"Graad	Rang
--------	------

Afgevaardigd directeur	I.B
Pedagogisch adviseur	I.D
Adjunctadviseur (pedagoog)	I.E
Pedagogische adjunct	I.F
Eerste leersecretaris	II+.A
Eerste boekhouder	II+.A
Eerstaanwezend leersecretaris	II+.B
Eerstaanwezend boekhouder	II+.B
Leersecretaris	II+.C
Boekhouder	II+.C
Eerste kinderbegeleider	II.A
Eerstaanwezend kinderbegeleider	II.B
Kinderbegeleider	II.C
Eerste kinderoppasser	III.A
Eerstaanwezend kinderoppasser	III.B
Kinderoppasser	III.C"

Art. 46 – Artikel 17 van hetzelfde besluit van de Regering, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 29 oktober 2015 en 15 september 2022, wordt vervangen als volgt:

"Art. 17 – Voor de toepassing van dit besluit moet bijlage III van hetzelfde besluit rekening houdend met volgende aanvullingen gelezen worden:

"Graad Weddeschaal

Afgevaardigd directeur	M3
Pedagogisch adviseur	I/8
Adjunctadviseur (pedagoog)	I/4
Pedagogische adjunct	I/1
Eerste leersecretaris	II+/3
Eerstaanwezend leersecretaris	II+/2
Leersecretaris	II+/1
Eerste kinderbegeleider	II/4
Eerstaanwezend kinderbegeleider	II/3
Kinderbegeleider	II/1
Eerste kinderoppasser	III/6
Eerstaanwezend kinderoppasser	III/4
Kinderoppasser	III/2"

Art. 47 – In hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 18.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 18.1 – Voor de toepassing van dit besluit moet bijlage VII van hetzelfde besluit rekening houdend met volgende aanvullingen gelezen worden:

"*Hoofdstuk III – Diploma's die toegang verlenen tot een specifieke rang*

In afwijking van bijlage VII, hoofdstuk I, niveau II, verlenen alleen volgende diploma's en getuigschriften toegang tot de graad van kinderbegeleider in niveau II:

- 1° het getuigschrift van het hoger technisch secundair onderwijs in de studierichting Opvoeding;
- 2° het getuigschrift van het hoger secundair beroepsonderwijs in de studierichting Begeleiding van kindergemeenschappen;
- 3° het getuigschrift van het hoger secundair onderwijs in de studierichting Kinderverzorging;
- 4° het brevet van kinderverzorger;
- 5° het studiegetuigschrift van het zesde jaar van het beroepsonderwijs in de studierichting Kinderverzorging, aangevuld met het bekwaamheidsgetuigschrift van het zesde of het zevende jaar van het secundair beroepsonderwijs in de studierichting Kinderverzorging;
- 6° het studiegetuigschrift van het zesde jaar van het secundair beroepsonderwijs in de studierichting Gezinshulp, aangevuld met het bekwaamheidsgetuigschrift van het zesde jaar van het secundair beroepsonderwijs in de studierichting Gezinshulp;
- 7° het getuigschrift van kinderbegeleider of van gezins- en ouderenhulp en zorgkundige dat wordt uitgereikt door de dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap in samenwerking met de vzw Deutschsprachige Krankenpflegevereinigung in Belgien KPVDB (Duitstalige vereniging voor verplegend personeel in België) of een bewijs dat door de Regering als gelijkwaardig wordt erkend;
- 8° het door de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap uitgereikte attest van deelname aan een opleiding tot hulpkracht in het kleuteronderwijs of een bewijs dat door de Regering als gelijkwaardig wordt erkend, telkens aangevuld met een bewijs van een voortgezette opleiding 'kinderopvang' van ten minste 120 uren die door de Regering wordt erkend;
- 9° elk diploma uit de studierichtingen maatschappelijk werk, sanitaire en verpleegkundige wetenschappen, pedagogiek, psychologie, opvoedingswetenschappen en onderwijswetenschappen dat toegang verleent tot de niveaus II+ en I."

Art. 48 – In hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 18.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 18.2 – Elke kinderoppasser van het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap die, binnen tien jaar nadat hij is beginnen te werken, het bewijs van een van de in artikel 18.1 vermelde diploma's en getuigschriften als kinderbegeleider levert, krijgt, op de eerste dag van de maand na indiening van het bewijs, een arbeidsovereenkomst als kinderbegeleider in niveau II aangeboden."

Art. 49 – In hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 24.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 24.1 – In afwijking van de maxima vermeld in artikel 73, § 2, tweede lid, van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren worden alle werkelijke diensten die aantoonbaar in het kader van een arbeidsovereenkomst bij de vzw Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung of als toegelaten aangesloten onthaalouders zijn gepresteerd, voor de berekening van de financiële anciënniteit als in aanmerking komende diensten beschouwd voor alle personeelsleden van de vzw Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung die op 31 december 2023 bij die vzw in dienst zijn, alsook voor alle aangesloten onthaalouders die op 31 december 2023 op basis van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang toegelaten zijn en van het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap een arbeidsovereenkomst aangeboden krijgen."

Art. 50 – In hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 24.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 24.2 – De werknemer van de vzw Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung die op 31 december 2023 een hogere wedde heeft dan hem met toepassing van dit besluit als personeelslid van het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap toekomt, wordt als personeelslid van dat centrum verder betaald op basis van de hem op 31 december 2023 toegewezen geldige weddeschaal van het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid", totdat een betaling overeenkomstig dit besluit gunstiger is."

Art. 51 – Artikel 1, § 1, tweede lid, van het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 3 december 2020, wordt aangevuld met het volgende streepje, luidende:

"- het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap."

Art. 52 – Artikel 1 van het besluit van de Regering van 28 september 2001 betreffende de loopbaanonderbreking in het Ministerie en in de paragemeenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende:

"6° het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap"

Art. 53 – In hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 6.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 6.1 – Na afloop van de loopbaanonderbrekingen opgesomd in hoofdstuk III van het koninklijk besluit van 7 mei 1999 heeft de ambtenaar het recht terug te keren in zijn vroegere functie of, indien dat niet mogelijk is, in een gelijkwaardige of vergelijkbare functie."

Art. 54 – In artikel 1 van het besluit van de Regering van 5 juni 2003 betreffende het vakantiegeld toegekend aan de personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van de paragemeenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 5° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende:

"6° het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap."

Art. 55 – Artikel 3, § 1, eerste lid, 4°, van hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het besluit van de Regering van 13 maart 2008 en gewijzigd bij het besluit van de Regering van 10 december 2009, wordt aangevuld met een bepaling onder c), luidende:

"c) 85% vanaf 2024".

Art. 56 – Artikel 1 van het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, wordt aangevuld met een bepaling onder 5°, luidende:

"5° het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap."

Art. 57 – In artikel 12.7 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° tussen het woord "1996" en het woord "zijn" worden de woorden "en artikel 15.19 van het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan" ingevoegd.

Art. 58 – In hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 16.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 16.2 – *Overgangsbepaling - Nadere regels voor de overname van personeel*

Aan alle contractuele personeelsleden van de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap en de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven wordt op 1 januari 2024 een gelijkwaardige arbeidsovereenkomst bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap aangeboden, waarbij de diensten die bij een van beide voormelde instellingen zijn

verricht, voor de berekening van de anciënniteit meetellen alsof ze als contractueel personeelslid bij het Ministerie waren verricht.

Aan de personeelsleden die tot nu toe in het kader van het besluit van de Regering van 28 december 1994 houdende reglement van het contractueel personeel van de beroepsopleiding van de gemeenschappelijke en gewestelijke dienst voor beroepsopleiding en arbeidsbemiddeling in dienst waren bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap, wordt een arbeidsovereenkomst aangeboden overeenkomstig de bepalingen van dit besluit, waarbij de diensten die bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap zijn verricht, voor de berekening van de anciënniteit meetellen alsof ze als contractueel personeelslid bij het Ministerie waren verricht."

Art. 59 – In artikel 2, eerste lid, van het besluit van de Regering van 22 december 2005 tot inrichting van een sociale dienst voor het personeel van de Regering, van het Ministerie en van bepaalde paragemeenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, wordt een bepaling onder 5.1° ingevoegd, luidende:

"5.1° de personeelsleden van het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap;"

Art. 60 – In artikel 13 van het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 61 – In artikel 12.1, tweede lid, van het besluit van de Regering van 23 mei 2019 houdende organisatie van het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 28 oktober 2021, wordt de eerste zin vervangen als volgt:

"Om de betrekking van eenheidshoofd in te vullen, doet het departementshoofd binnen het departement een oproep tot de gegadigden waarin het vereiste profiel wordt bekendgemaakt. Als de oproep tot de gegadigden binnen het departement niets oplevert, kan de overheid een oproep tot de gegadigden binnen het BRF bekendmaken. Als ook die oproep niets oplevert, kan de overheid de oproep tot de gegadigden extern bekendmaken. Het departementshoofd vergelijkt de geschiktheid en de vaardigheden van de gegadigden die in aanmerking komen voor de leidinggevende taak."

Art. 62 – In artikel 121 van hetzelfde besluit van de Regering wordt de bepaling onder 2°, vervangen bij het besluit van de Regering van 28 oktober 2021, opgeheven.

Art. 63 – In hoofdstuk 9, afdeling 3, van hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 121.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 121.1 – De ambtenaar heeft recht op twintig werkdagen geboorteverlof naar aanleiding van de geboorte van een kind waarvan de afstamming langs zijn zijde vaststaat. Het geboorteverlof wordt bezoldigd en wordt met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld.

Bij de geboorte van een kind heeft slechts één ambtenaar recht op geboorteverlof.

Er bestaat geen recht op geboorteverlof bij een miskraam vóór de 181e dag van de zwangerschap.

Na afloop van het geboorteverlof heeft de ambtenaar het recht terug te keren in zijn vroegere functie of, indien dat niet mogelijk is, in een gelijkwaardige of vergelijkbare functie."

Art. 64 – In dezelfde afdeling van hetzelfde besluit van de Regering wordt een artikel 128.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 128.1 – De ambtenaar heeft recht op verlof wegens overmacht om dringende en onvoorziene familiale omstandigheden, alsook op grond van zware materiële schade aan eigendom. Om gebruik te maken van het verlof, dient de ambtenaar een aanvraag in bij de directeur.

De directeur onderzoekt of het gaat om een geval van overmacht en beslist of de aanvraag wordt ingewilligd.

Het verlof wegens overmacht bedraagt hoogstens tien werkdagen per jaar en kan opgesplitst worden in afzonderlijke volledige dagen. Het verlof wegens overmacht wordt bezoldigd en wordt met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld."

Art. 65 – In hoofdstuk 9, afdeling 5, van hetzelfde besluit van de Regering wordt het opschrift van onderafdeling 5.1 vervangen als volgt:

"Onderafdeling 5.1 – Moederschapsverlof en overgedragen moederschapsverlof"

Art. 66 – In artikel 144 van hetzelfde besluit van de Regering worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 wordt het woord "vader" vervangen door het woord "mede-ouder" en wordt het woord "vaderschapsverlof" vervangen door de woorden "overgedragen moederschapsverlof";

2° in § 2, eerste lid, wordt het woord "vaderschapsverlof" vervangen door de woorden "overgedragen moederschapsverlof";

3° in § 2, tweede lid, wordt het woord "vaderschapsverlof" vervangen door de woorden "overgedragen moederschapsverlof";

4° in § 3, eerste lid, wordt het woord "vaderschapsverlof" vervangen door de woorden "overgedragen moederschapsverlof";

5° in § 3, tweede lid, wordt het woord "vaderschapsverlof" vervangen door de woorden "overgedragen moederschapsverlof";

6° in paragraaf 4 wordt het woord "vaderschapsverlof" vervangen door de woorden "overgedragen moederschapsverlof".

Art. 67 – Artikel 148 van hetzelfde besluit van de Regering wordt vervangen als volgt:

"Art. 148 – Deze onderafdeling dient tot gedeeltelijke omzetting van Richtlijn (EU) 2019/1158 van het Europees Parlement en de Raad van 20 juni 2019 betreffende het evenwicht tussen werk en privéleven voor ouders en mantelzorgers en tot intrekking van Richtlijn 2010/18/EU van de Raad."

Art. 68 – (Geldt alleen voor de Duitse tekst)

Art. 69 – In artikel 207.1 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 70 – In artikel 207.2 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

2° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

3° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

4° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

5° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

6° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 71 – In artikel 207.3 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);
- 2° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 72 – In artikel 207.4 van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 15 september 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° (geldt alleen voor de Duitse tekst);
- 2° (geldt alleen voor de Duitse tekst);
- 3° (geldt alleen voor de Duitse tekst).

Art. 73 – (Geldt alleen voor de Duitse tekst)

Art. 74 - (Geldt alleen voor de Duitse tekst)

Art. 75 – In het opschrift van het besluit van de Regering van 28 oktober 2021 betreffende een thuiswerkvergoeding in het kader van de coronacrisis wordt het woord "thuiswerkvergoeding" vervangen door het woord "telewerkvergoeding".

Art. 76 – In artikel 1 van hetzelfde besluit van de Regering worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° in de inleidende zin van het eerste lid worden de woorden "van thuis uit werken" vervangen door de woorden "telewerken";
- 2° in het vierde lid wordt het woord "thuiswerk" vervangen door het woord "telewerk".

Art. 77 – Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2024, met uitzondering van:

- 1° de artikelen 10 en 11, die in werking treden op de dag waarop dit besluit wordt aangenomen;
- 2° artikel 43, dat in werking treedt op de dag van de volgende algehele vernieuwing van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 78 – De minister bevoegd voor Personeel is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH